

Kriegsende und Revolution in Lahr

Cornelius Gorka

Die Stimmung in der Bevölkerung

Nach vier harten und unter großen Verlusten durchgestandenen Kriegsjahren war das Deutsche Reich im August 1918 am Ende. Das Volk war erschöpft und kriegsmüde. Die militärische Lage wurde immer aussichtsloser. Als dann auch noch Ende September die Verbündeten zusammenbrachen und um Frieden baten, beschloss die deutsche Heeresleitung, die Alliierten ebenfalls um einen Waffenstillstand zu ersuchen. Die militärische Führung hatte damit eingeräumt, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen war. Die Reichsregierung unter Prinz Max von Baden richtete am 4. Oktober ein entsprechendes Waffenstillstandsgesuch an den amerikanischen Präsidenten Wilson. Am 5. November waren die Alliierten schließlich zu Waffenstillstandsverhandlungen bereit.

Diese Nachricht, die sich schon bald über die Presse verbreitete, traf die Bevölkerung ziemlich unvorbereitet. Jahrelang war die Bevölkerung mit Siegesmeldungen und patriotischen Aufrufen zum Durchhalten aufgefordert worden. Entsprechend groß war die Erschütterung, als die Niederlage eingestanden werden musste. Anfang November 1918 meuterten Matrosen der deutschen Kriegsflotte in Kiel und lösten damit die deutsche Revolution aus. Innerhalb weniger Tage breitete sich der Aufstand im gesamten Deutschen Reich aus. Nach dem Vorbild der russischen Revolution vom November 1917 übernahmen in den Städten Arbeiter- und Soldatenräte die Führung, indem sich die aufständischen Arbeiter in den Betrieben und Soldaten in den Garnisonen eigene Vertrauensleute wählten. In der Ortenau wurde auch die Garnisonsstadt Lahr von der revolutionären Bewegung erfasst.

Am 3. November 1918 hielt der Lahrer Demokratische Verein im Saal der Brauerei „Falken“ eine gutbesuchte öffentliche Versammlung ab, bei der als Hauptredner der Abgeordnete Alfred Massa von der Fortschrittlichen Volkspartei auftrat. Er prangerte dabei zunächst die Pressezensur der Obersten Heeresleitung an, die das Ausmaß der militärischen Katastrophe so lange verheimlicht habe:

„Was das Herz eines jeden guten Deutschen mit gerechtem Zorn erfülle, sei in der Frage enthalten, die sich jeder stelle: Wie es nur möglich war, dass sich die Kriegslage so rasch und so vollständig zu unserem gänzlichen Nachteil entwickeln konnte, ohne dass unsere oberste Heeresleitung und unsere Reichsregierung dies rechtzeitig erkannten und dementsprechend gehandelt hätten. Infolge einer ganz unverständigen Überschätzung der eigenen und Unterschätzung der feindlichen Kampfmittel, namentlich der amerikanischen, wurde immer wieder seitens der obersten Heeresleitung der endgültige Sieg verbürgt. Durch eine rücksichtslose Pressezensur des dem Großen Hauptquartier angegliederten Kriegspresseamtes wurde jede andere Meinung unterdrückt und die Stimmung in unglückseliger Weise beeinflusst bis wir dann am Abgrund standen. Er nahm sich und die deutsche Öffentlichkeit aber auch selbst in die Verantwortung: Mehr oder weniger sind wir alle daran schuld, dass wir uns diese Militärdiktatur gefallen ließen. Aus der militärischen Niederlage sollten nun die überfälligen politischen Konsequenzen gezogen werden: Schwere Zeiten kommen; zum Völkerbundgedanken müssen wir uns loyal stellen; wenn die Wilsonschen Punkte erreicht werden, also auch kein Wirtschaftskrieg folgt, so wird der Frieden nicht so schlecht als manche heute meinen. Die Abdankung des Kaisers sollte nur durch freiwilligen Verzicht, nicht durch Ausübung eines Zwanges erfolgen; vieles spreche dafür, aber wir dürfen dadurch keinen Zwiespalt ins Heer tragen. Diese Frage ist daher, solange wir keinen Frieden haben, mehr Verstands- wie Gefühlsfrage.“¹

Die Versammlung verabschiedete dann einstimmig folgende Resolution:

„Der Demokratische Verein Lahr sieht in der im Ausbau begriffenen Entwicklung Deutschlands zum Volksstaat die einzige Möglichkeit, um die traurigen Folgen dieses Krieges ohne schwerste Erschütterungen zu überwinden. Er hat zu der Volksregierung das Vertrauen, dass sie nach dem Zusammenbruch aller Verbündeten in klarer Erkenntnis der Sachlage bestrebt ist, den Frieden so rasch wie möglich herbeizuführen, unbekümmert um alle Hindernisse und Quertreibereien, von welcher Seite sie auch kommen mögen.“

Die Versammlung forderte dazu eine demokratische Ausgestaltung der Landesverfassung durch „Aufnahme von Vertrauensmännern des Volkes in die Regierung“ und durch Einführung der Verhältniswahl für die zweite Kammer. Auch auf der Ebene der

Gemeinden, Amtsbezirke und Kreise wurde eine Neugestaltung der Gemeinde- und Kreisordnung auf demokratischer Grundlage verlangt. Dazu sollte das bisherige ungleiche Dreiklassenwahlrecht durch das allgemeine, gleiche und direkte Verhältniswahlrecht abgelöst werden. Die Frauen sollten das gleiche Wahlrecht erhalten wie die Männer. Grundsätzlich sah man nun die Zeit für eine demokratische Staatsordnung gekommen:

„Unser badisches Volk will nicht mehr obrigkeitlich regiert und autokratisch verwaltet werden, sondern ist reif genug, sich selbst zu regieren und zu verwalten; und wird dann schon dafür sorgen, dass alle diejenigen in der Regierung und auf den Rathhäusern, welche als Träger des alten Systems sich dem entgegen stellen, von ihren Posten verschwinden müssen.“²

In den folgenden Tagen berichteten die Zeitungen von der weiteren Ausbreitung der Revolution in Deutschland. Insgesamt war die Stimmung nicht mehr günstig für die Monarchie. Es wurde offen über eine Abdankung des Kaisers und der anderen Fürsten gesprochen. Auch die politische Neuordnung des Landes war inzwischen Gegenstand der Presseberichte. Vor allem die Sozialdemokraten verlangten die Umwandlung des Großherzogtums in einen demokratischen Volksstaat.

Die Revolution in Lahr

Es wird einem aus Kiel vom Heimaturlaub zurückkehrenden Soldaten zugeschrieben, dass auch in Lahr Diskussionsrunden entstanden und sich die allgemeine Unzufriedenheit schließlich in Demonstrationen Luft machte.³ Am Abend des 7. November wurden nach Augenzeugenberichten in den Lokalen der Stadt „kurze aufklärende Ansprachen“ gehalten, wobei besonders die Soldaten der Garnison als Redner auftraten. Am Morgen des 8. November zog ein Demonstrationzug der Soldaten unter der roten Fahne von den Kasernen durch die Stadt. An der Luftschiffhalle wählten sie den ersten Soldatenrat in Baden. Der „Kamerad“ Schulenklopper begrüßte die Demonstranten und stellte „in klaren Worten die Ziele der Bewegung“ dar. Anschließend prangerte August Heinz „das verräterische Treiben der Machthaber Deutschlands und der Vaterlandspartei“ an und forderte schließlich die Abdankung des Kaisers. Seine Ansprache endete mit dem Ruf: „Es lebe die Revolution, es lebe die freie deutsche Republik!“ Schulenklopper und Heinz wurden danach zum ersten und zweiten Vorsit-

zenden des Lahrer Soldatenrates gewählt. Im Anschluss an den Demonstrationszug und die Kundgebung an der Luftschiffhalle traf sich der neugewählte Soldatenrat im Gasthaus „Werteck“ zu seiner ersten Sitzung, um ein erstes Programm auszuarbeiten. Das Armeekommando versuchte inzwischen die revolutionäre Bewegung noch aufzuhalten und forderte eine Abteilung des Infanterieregiments 113 mit Maschinengewehren aus Freiburg an. Da sich diese Soldaten aber mit den Demonstranten solidarisierten, hatte die Revolution in Lahr ihren ersten Sieg errungen. In den Garnisonsstädten Offenburg, Rastatt, Karlsruhe und Mannheim wurden erst einen Tag später ebenfalls Soldatenräte gebildet.⁴

Am 9. November fand in der Exerzierhalle der Infanteriekaserne eine voll besuchte Soldatenversammlung statt, wozu durch Garnisonsbefehl eingeladen worden war. Der erste Vorsitzende des Soldatenrates Schulklopper eröffnete die Versammlung. Anschließend sprachen der Landtagsabgeordnete Massa und der zweite Vorsitzende Heinz zu den Soldaten. Beide riefen zu Ruhe und Besonnenheit in den revolutionären Tagen auf. Anschließend wurden die Forderungen des Soldatenrats bekanntgegeben: Freilassung aller inhaftierten politischen Gefangenen, Einführung von Beisitzern am Militärgericht, vollständige Rede- und Pressefreiheit auch in den Kasernen, sachgemäße Behandlung der Mannschaften durch die Vorgesetzten in den Kasernen, sachgerechte Unterbringung der Mannschaften in den Kasernen, straffreier Umgang sämtlicher Kameraden untereinander, keine Truppentransporte an die Front während der Waffenstillstandsverhandlungen, Schutz des Privateigentums und unbeschränkte persönliche Freiheit außerhalb des Dienstes. Außer Dienst sollte es keine Vorgesetzte mehr geben. Außerdem hatten künftig „alle Schutzmaßnahmen mit Blutvergießen“ zu unterbleiben. Es sprachen noch einige Offiziere und erklärten ihr Verständnis für die Bewegung der Soldaten. In seiner Schlussansprache versprach der Vorsitzende, dass die Neuerungen von den Soldaten mit aller Macht durchgekämpft werden. Der Soldatenrat sicherte außerdem die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu. Nach Zeitungsberichten bot die Versammlung „ein Bild von Geschlossenheit und verlief äußerst ruhig“.⁵

Noch am gleichen Tag fand im überfüllten Rappensaal eine weitere Versammlung der Sozialdemokraten statt. Dabei berichtete der Landtagsabgeordnete Weißmann vom Sieg der Revolution und vom bevorstehenden Waffenstillstand. Die Umwälzung werde zu einer Neuordnung des politischen und wirtschaftlichen Lebens führen. Er rief ebenfalls zu Besonnen-

heit auf, um nicht den Sieg der sozialen Neuordnung durch Ausschreitungen zu gefährden. Am Abend dieses ereignisreichen Tages wurde dann die Abdankung des Kaisers bekannt. Einen Tag später übernahm auch in Baden eine provisorische Landesregierung die Macht.

Revolutionäre Verwaltung und Volkswehr

Am 11. November wurde in Lahr bei einer großen Soldatenversammlung auf dem Kasernenhof der endgültige Soldatenrat mit Heinz als erstem und Schulenklopper als zweitem Vorsitzenden gewählt. Am nächsten Tag beschloss der Soldatenrat, sich um den inzwischen gebildeten Lahrer Arbeiterrat zu erweitern. Damit hatte auch Lahr einen Arbeiter- und Soldatenrat, wie er inzwischen überall im Lande entstanden war. August Heinz blieb weiterhin Vorsitzender. Dagegen verließ Schulenklopper in der zweiten Novemberhälfte mit seinem Regiment Lahr. Für ihn wurde Hans Dürr zum zweiten Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates gewählt.

Die Soldatenräte hatten keine direkte Weisungsbefugnis gegenüber den staatlichen Behörden. Andererseits verkörperten sie die politische und militärische Macht und waren am ehesten in der Lage, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Angesichts der zahlreichen Truppendurchmärsche von zurückkehrenden Einheiten waren die bestehenden Polizeieinheiten dazu kaum in der Lage. Die Bezirksämter wurden daher von der vorläufigen Volksregierung angewiesen, sich bei allen Anordnungen zur Durchführung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit mit den Soldatenräten in Verbindung zu setzen.⁶ Die Soldatenräte hatten sich auch um die Verpflegung der zurückflutenden Truppen und die Organisation der Demobilisierung des Heeres zu kümmern. Außerdem nahmen sie Beschwerden über die Dienstführung der Behörden entgegen und leiteten sie an die zuständigen Ministerien weiter. Zu den Sitzungen des Soldatenrates wurden städtische und staatliche Vertreter hinzugezogen.

In Lahr bildete sich am 13. November neben dem Arbeiter- und Soldatenrat zusätzlich ein Wohlfahrtsausschuss. Er bestand aus jeweils fünf Vertretern der liberalen Partei, der fortschrittlichen Volkspartei und der sozialdemokratischen Partei, ferner zwei Vertretern des Zentrums sowie je einem Vertreter der Stadtverwaltung (Bürgermeister Altfelix) und der Staatsbehörde (Bezirksamtsvorsteher Geh. Regierungsrat Pfeiffer). Rechtsanwalt Gebhardt wurde zum Vorsitzenden und Wilhelm Laub zum Stellvertreter gewählt. Der Ausschuss arbeitete

eng mit dem Arbeiter- und Soldatenrat zusammen, der auch mit zwei Vertretern an den Ausschusssitzungen teilnahm. Dieser Ausschuss sollte sich vor allem um Ernährungs- und Einquartierungsfragen zu kümmern, während der Soldatenrat vor allem für Ruhe und Ordnung sorgen sollte. Außerdem waren die durchziehenden Truppenverbände unterzubringen und zu versorgen.

Auch im Umland wurden Räte gebildet. Am 18. November rief eine Bauernversammlung in Meißenheim einen Bauernrat für den Amtsbezirk Lahr ins Leben. Zum ersten Vorsitzenden wurde der Meißenheimer Bürgermeister Fischer und zu seinem Stellvertreter der Allmannsweierer Bürgermeister Drexler gewählt. Am 24. November wurde in Orschweier auch ein Bauernrat für den Amtsbezirk Ettenheim gegründet und der Landtagsabgeordnete Seubert zum Vorsitzenden gewählt. Die Bauernräte sollten vor allem die Koordination der Lebensmittelverteilung und den Abbau der Lebensmittelbewirtschaftung organisieren. In Ettenheim wurde zudem am 20. November ein Bürgerrat gegründet, der sich aus Beamten, Handels- und Gewerbetreibenden, Landwirten und Arbeitern zusammensetzte.

Der Waffenstillstandsvertrag sah die Bildung einer neutralen Zone vor, welche einen Streifen von 10 km östlich des Rheins bildete. Diese Zone war innerhalb von 30 Tagen militärisch zu räumen. Damit war auch der Abzug aller Ersatztruppen verbunden, welche bisher die öffentliche Sicherheit gewährleistet hatten. Deshalb ordnete die badische vorläufige Volksregierung am 13. November die Bildung von freiwilligen Volkswehren an, welche künftig die Sicherungsaufgaben übernehmen sollten. Ihre Hauptaufgaben waren die Aufrechterhaltung der Ordnung, der Schutz des Eigentums und die Bewachung der gelagerten Lebensmittel. Besonders starke Volkswehren waren an den Rheinbrücken erforderlich, um ungeordnet zurückkehrende Soldaten zu entwaffnen. Die Bezirksämter wurden angewiesen, die Volkswehren im Einvernehmen mit den bestehenden Soldaten- und Arbeiterräten aufzustellen.

Da auch die Stadt Lahr in der neutralen Zone lag, einigten sich Soldaten- und Arbeiterrat, Stadtrat und Bezirksamt auf die Bildung einer Volkswehr und veröffentlichten am 18. November einen gemeinsamen Aufruf an die Einwohner von Lahr.⁷ Gesucht wurden zuverlässige Männer, die für einen Tageslohn von 10 RM den Sicherungs- und Wachdienst in der Stadt übernehmen wollten. Die Kosten sollten zwischen Stadt und Staat geteilt werden. Die Volkswehr sollte zunächst eine

Lahr, Freitag den 15. November

Bürger und Soldaten!

Der Soldatenrat wendet sich nochmals an die Soldaten wie an die Zivilbevölkerung, Disziplin und Gehorsam, Ruhe und Ordnung zu bewahren und dadurch dazu beizutragen, daß die getroffenen Maßnahmen ungestört durchgeführt werden können, die jedem einzelnen Schutz und Sicherheit gewährleisten. Die Strafgewalt wird vom Garnisonkommando im Einvernehmen mit dem Soldatenrat ausgeübt; Anweisungen der mit weißen Bändern versehenen Sicherheitsposten ist ohne weiteres, namentlich auch von den Militärpersonen Folge zu leisten; sie sind befugt, überall für Ordnung zu sorgen und namentlich auch da einzuschreiten, wo sich vielleicht Soldaten in öffentlichen Lokalen Uebergrieffe erlauben sollten; auch Ansammlungen werden nicht geduldet werden. Die Schutzmannschaft hat ebenfalls das Recht und die Pflicht, bei Ausschreitungen den Soldatenrat anzurufen, und wird in Wahrung ihrer Obliegenheiten von letzterem stets tatkräftig unterstützt werden.

Eindringlich sei die Bevölkerung davor gewarnt, von Soldaten Kleidungsstücke, Schuhe und andere Ausrüstungsgegenstände anzukaufen, da nach den bestehenden Gesetzen nicht nur der Verkäufer, sondern auch der Käufer sehr streng bestraft wird. Es sollen Geschäfte und einzelne Leute hier am Platze sein, die sich mit dem unehrlichen An- und Verkauf von militärischen Ausrüstungsgegenständen gewerbsmäßig befassen; daß solche Leute, wenn sie gefaßt werden, keine Milde zu erwarten haben, ist selbstverständlich.

Auch gegen das überflüssige Reisen großer Teile der Zivilbevölkerung soll ein ernstes Wort gesagt werden. Die Züge, die gegenwärtig überfüllt sind von Soldaten, können nur mit außerordentlich großen Verspätungen geführt werden; das überanstrengte Zugpersonal ist kaum mehr imstande, den Dienst auszuführen; und doch gibt es immer noch Leute genug, die zum Vergnügen reisen und dadurch den Bahnverkehr mit auf das ärgste erschweren. Bei einiger Vernunft sollte sich jeder einzelne selbst sagen, daß jetzt keine Zeit zu überflüssigen Reisen ist.

Lahr, den 14. November 1918.

Soldaten- und Arbeiterrat Lahr.
Erster Vorsitzender: Heinz.

Stärke von 300 Mann erhalten und die Rechte bzw. Pflichten von Polizeimannschaften erhalten. Die Oberleitung wurde Hauptmann L. Geißer übertragen, dem als Bezirkshauptmann sämtliche Wehren des Amtsbezirks Lahr unterstellt waren. Unter den Bewerbern wählte eine Kommission geeignete Leute aus, wobei heimkehrende beschäftigungslose Soldaten bevorzugt wurden. Die Bekleidung und Bewaffnung erfolgte aus den Beständen der hiesigen Garnison und wurde durch den Soldatenrat gestellt. Die Volkswehrleute trugen einen Uniformrock ohne militärische Abzeichen und eine zivile Kopfbedeckung. Am 28. November war die Bildung der Volkswehr abgeschlossen.

Die Rückkehr und Entlassung der Soldaten

Nach Inkrafttreten des Waffenstillstands am 11. November kehrten die ersten Truppen nach Deutschland zurück. In den folgenden Wochen setzte dann ein reger Durchmarsch heimkehrender Truppen durch Baden ein. Der Soldaten- und Arbeiterrat Lahr rief die Zivilbevölkerung daher am 14. November auf, das „überflüssige Bahnreisen“ zu unterlassen: Die Züge seien momentan derart mit Soldaten überfüllt, dass sie nur mit außerordentlich großen Verspätungen geführt werden könnten. Das überanstrengte Bahnpersonal sei auch kaum noch imstande, seinen Dienst auszuführen.⁸ Schließlich musste die Bahn den regulären Personenverkehr vorübergehend stark einschränken.

Manche Einheiten blieben nur kurz in Lahr, um eine Verpflegungspause einzulegen. Andere wurden hier vorübergehend einquartiert. Die Zeitungen berichten immer wieder von einem herzlichen Empfang der heimkehrenden Soldaten.⁹ Die Stadt hatte seit Kriegsbeginn ständig Truppen und Truppenteile beherbergt, die sowohl in den Kasernen als auch in der Stadt untergebracht waren. Auch die umliegenden Dörfer waren reichlich mit Einquartierung bedacht. Das Infanterieregiment 171 aus Colmar lag vier Jahre in Lahr, ehe es schließlich am 19. November 1918 nach Greiz (Vogtland) verlegt wurde. Danach befanden sich hier noch folgende Einheiten: Landwehr-Infanterieregiment 10, Feldartillerieregiment 217, Feldbäckereikolonnen 130 und 158, Sanitätskompanie 623, Kriegslazarett Abteilung 46, 2. Kompanie Landsturmbataillon Passau, mobile Etappenkommandanturen 320 und 321, Grukraft 32 und 4. Kompanie Minenwerferbataillon 17. Dem Feldartillerieregiment 217 gehörten zumeist Pommern und Ostpreußen, dem Landwehr-Infanterieregiment 10 vorwie-

gend Schlesier an. In Sulz waren vor allem Bayern, in Reichenbach Sachsen stationiert. Die verschiedenen Militäreinheiten sorgten insofern für ein buntbelebtes Straßenbild. Die Lahrer Zeitung berichtete: „Die Truppen machten einen ganz vorzüglichen Eindruck und finden in der hiesigen Einwohnerschaft eine sehr gute Aufnahme. Ihr Auftreten ist ruhig und zuvorkommend“.¹⁰ Auch die Konzerte der Militärkapellen waren bei der Bevölkerung sehr beliebt. Die starke Truppenpräsenz in der Stadt dürfte aber auch zu gelegentlichen Konflikten zwischen Militär und Zivilbevölkerung geführt haben, da der Soldaten- und Arbeiterrat Lahr beide Seiten immer wieder zu Disziplin und Ruhe aufrufen musste.¹¹

Inzwischen kehrten auch die badischen Truppen zurück. Am 22. November war das Infanterieregiment 170 wieder in die festlich geschmückte Garnisonsstadt Offenburg eingezogen. Dagegen konnten das Infanterieregiment 169 und das Feldartillerieregiment 66 nicht mehr in ihre Heimatgarnison Lahr zurückkehren, weil die Stadt in der neutralen Zone lag. Daher passierten diese Einheiten am 26. November nur den Dinglinger Bahnhof und fuhren weiter ins Oberland. Das Feldartillerieregiment 66 löste sich im Dreisamtal oberhalb von Freiburg auf, das Infanterieregiment 169 in Emmendingen.¹² Auch die in Lahr stationierten Truppen verließen bis zum 12. Dezember die Stadt Lahr und wurden in andere Orte verlegt, wo ihre Demobilmachung erfolgte. Mit dem Abzug der Truppen endete auch die Tätigkeit des Soldatenrates. Er wurde am 7. Dezember in den Arbeiter-, Bauern- und Volksrat übergeleitet.

Die Soldaten gaben bei der Entlassung ihre Waffen, Munition und Ausrüstungsgegenstände ab. Die Wehrpflichtigen erhielten ihre Entlassungspapiere sowie einen Entlassungsanzug, ein einmaliges Entlassungsgeld von 50 RM und ein Marschgeld von 15 RM. Danach kehrten die Überlebenden des Krieges in ihre Heimatorte zurück, aus denen sie vier Jahre zuvor einberufen worden waren.

Anmerkungen

- 1 Lahrer Zeitung vom 6. November 1918. (Die Jahrgänge 1914 bis 1920 werden im Kreisarchiv verwahrt).
- 2 Ebenda.
- 3 Bühler, Christoph: Der Umbruch des Jahres 1918. In: Geschichte der Stadt Lahr, Band 3, Lahr 1993, 110 f.
- 4 Brüning, Rainer/Brasseuer-Wild, Laetitia (Hrsg.): Menschen im Krieg am Oberrhein, 273.
- 5 Lahrer Zeitung vom 11. November 1918.

- 6 Lahrer Zeitung vom 22. November 1918.
- 7 Lahrer Zeitung vom 19. November 1918.
- 8 Lahrer Zeitung vom 15. November 1918.
- 9 Lahrer Zeitung vom 19. November 1918.
- 10 Lahrer Zeitung vom 20. November 1918.
- 11 Lahrer Zeitung vom 15. November 1918.
- 12 Liessem-Breinlinger, Renate: Die Garnison Lahr 1898–1920. In: Geschichte der Stadt Lahr, Band 2, Lahr 1991, 274.